

A N F R A G E von Dieter Kläy (FDP, Winterthur) und Thomas Vogel (FDP, Illnau-Effretikon)

betreffend Wirksame Bekämpfung der Jugendgewalt

Eine vor zirka einem halben Jahr veröffentlichte Studie zur Jugendgewalt besagt, dass Gewaltprävention früh anzusetzen ist und die Eltern miteinzubeziehen sind. Die Jugendlichen sind mit immer mehr Gewalt konfrontiert. Im Vergleich zu 1990 werden etwa viermal so viele Jugendliche wegen Gewaltdelikten verurteilt. Die Täter werden im Durchschnitt immer jünger. Dies ist ein allgemeiner Trend, der in anderen Industrieländern auch beobachtet werden kann. Im Kanton Zürich ist auch ein entsprechender Trend zu beobachten. Gerade in den letzten Wochen und Monaten sind neue Fälle von Jugendgewalt festzustellen. Nicht nur der Anteil an den erfassten Delikten in der Gruppe «Leib und Leben» hat in den Jahren 2001 bis heute zugenommen (von 6,79% 2001 auf 8,11 % 2004 und 8,06% 2005). Der Anteil der Raubtaten, die statistisch unter «Delikte gegen das Vermögen» erfasst werden, ist darin nicht einmal einbezogen. Auch die Brutalität der Übergriffe wird immer stärker. Aus nichtigem Grund werden vor allem Jugendliche von Jugendlichen attackiert. In diesem Zusammenhang stellen sich folgende Fragen:

1. Welche Konsequenzen und Schlüsse zieht der Regierungsrat aus der betreffenden Studie von Manuel Eisner?
2. Worin sieht der Regierungsrat sinnvolle Projekte zur Gewaltprävention unter den Jugendlichen?
3. Im veröffentlichten Bericht «Gewalt und Schule» von April 1995 rechnete die kantonale Expertenkommission mit zunehmenden Unruhen und tendenziell steigender Gewaltbereitschaft unter den Jugendlichen. Als Ursachen sind unter anderem mangelnder Schulerfolg, geringe Bildungschancen, Integrationsschwierigkeiten etc. aufgeführt worden. Die Kommission hat damals Massnahmen empfohlen. Was ist seitens der Regierung in den letzten Jahren seit der Berichterstattung zur Prävention gegen Jugendgewalt vorgenommen worden?
4. Ist der Regierungsrat bereit, dem Kantonsrat in einem Bericht aufzuzeigen, wie er künftig wirksam der zunehmenden Jugendgewalt begegnen will?
5. Ist der Regierungsrat bereit, insbesondere zu prüfen, welche Möglichkeiten sich im Rahmen von Sicherheitspartnerschaften und einer engeren und besseren Vernetzung (neue Kooperationsformen) der betroffenen Institutionen (wie z.B. Schule, Eltern, Sozialbehörden, Organisationen zur Integration von Ausländerinnen und Ausländern, Lehrbetriebe etc.) ergeben, um der Entwicklung Einhalt zu gebieten?
6. Mit welchen bestehenden Mitteln und allenfalls zusätzlichen Ressourcen kann nach Meinung des Regierungsrates dieser Weg in den kommenden Jahren beschritten werden kann?
7. Von 14 Mio. Franken, welche die Eidgenössische Ausländerkommission 2006 zur Unterstützung von Integrationsprojekten erhält, spricht sie eine Million für Massnahmen gegen die Jugendgewalt. Inwiefern wird der Kanton Zürich in diese Projekte einbezogen bzw. inwiefern kann er seinen Anteil für die Formulierung und Umsetzung der Projekte beitragen?

8. Laut der jüngsten im Januar publizierten SRG-Umfrage soll der Staat jugendliche Straftäterinnen und Straftäter mit einer härteren Hand anpacken. In den Medien und in der Öffentlichkeit werden Forderungen nach Ausweisung krimineller Ausländer bzw. der ganzen Familie gefordert, wenn es sich um minderjährige Kriminelle handelt. Auch wird ein strengeres Regime beim Einbürgerungsrecht zur Diskussion gestellt. Wie stellt sich der Regierungsrat zu diesen Forderungen?

Dieter Kläy
Thomas Vogel